

## **Präsidialansprache Generalversammlung SGCI Chemie Pharma Schweiz (scienceindustries)**

Christoph Mäder, Präsident

Freitag, 24. Juni 2011, Domat/Ems

**[es gilt das gesprochene Wort]**

### **Wirtschaftsstandort Schweiz: Politik auf dem Prüfstand.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mein Blick auf die Entwicklung der Schweizer Industrie und der Schweizer Politik unserer Zeit bereitet mir grosse Sorgen.

Einerseits haben wir zwar die mehrheitlich erfreulichen Geschäftsergebnisse des letzten Jahres im Hinterkopf und sind stolz darauf, dass die Exporte der chemisch-pharmazeutischen Industrie im Jahr 2010 um fast sechs Prozent auf 76 Milliarden Franken zulegen. Mit einem Anteil von beinahe 40% sind wir damit nach wie vor die grösste Exportbranche der Schweiz.

Andererseits zeichnen die ersten fünf Monate des laufenden Jahres ein sehr verhaltenes Bild. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnet unsere Industrie bei den kumulierten Exporten per Ende Mai ein Nullwachstum. Die monatlichen Volatilitäten dürften sich als Folge des ausserordentlich starken Frankens im Verlaufe des Jahres noch akzentuieren. Bei unseren Unternehmen zeigt sich die Wirkung des starken Frankens also rasch. Die anhaltende europäischen Verschuldungskrise und die ganz erheblichen Schwierigkeiten in den USA lassen in nächster Zeit keine Abwertung des Frankens erwarten und der gleichzeitige weltweite Druck auf die Gesundheitskosten, und damit auch auf unsere Industrie, dürfte sich noch verstärken.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation sind alle gefordert: Einerseits wir als Unternehmen, um mit innovativen Massnahmen unsere Wettbewerbsfähigkeit im

In- und im Ausland zu sichern. Andererseits die Politik, um uns bei dieser Aufgabe mit optimalen Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Die überwiegende Mehrheit der schweizerischen Politiker, so meine persönliche Beurteilung, hat diese Zeichen der Zeit, nämlich die Notwendigkeit, die Exportwirtschaft mit herausragenden Rahmenbedingungen zu unterstützen, noch nicht verstanden – ganz im Gegenteil. Und dies trotz der weitherum bekannten Tatsache, dass mehr als jeder zweite Franken, der in der Schweiz verdient wird, direkt oder indirekt vom Export abhängig ist.

Ich will Ihnen einige Beispiele geben, wie die Politik, absichtlich oder aus Ignoranz, die Exportindustrie mit weiteren Kosten belastet, damit die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz schädigt und letztlich unseren Wohlstand aufs Spiel setzt.

**Strom** war bis anhin ein Produktionsfaktor, der in der Schweiz im Vergleich zu ausländischen Standorten positiv auffiel. Mit den nun von der Politik angepeilten Schritten wäre ein massiver Anstieg des Strompreises unumgänglich. Die chemisch-pharmazeutische Industrie müsste für jeden zusätzlichen Rappen pro Kilowattstunde 30 Millionen Franken zusätzliche Kosten schultern. Diese zusätzliche Last entspricht ungefähr 0,5 Prozent der Gesamtlohnsumme. Heute die neuen erneuerbaren Energien als „wettbewerbsfähig“ zu bezeichnen, wie dies die Politik tut, halte ich persönlich für faktenwidrig. Deshalb lehnen wir eine auf unrealistischen Annahmen basierte Lenkungs- und Subventionspolitik ab. Denn gerade die chemisch-pharmazeutische Industrie hat durch eigenverantwortliche und freiwillige Effizienzmassnahmen aus wirtschaftlichen und ökologischen Beweggründen bewiesen, dass in den letzten 10 Jahren eine jährliche Produktionssteigerung von durchschnittlich 15 Prozent mit nahezu konstant gebliebenem Stromverbrauch möglich ist.

Es mag der Tag kommen, an dem wir auf die Kernenergie verzichten können. Bis zum Zeitpunkt, da deren Substitution technologisch machbar und wirtschaftlich tragbar ist, sollten wir sie als Option erhalten – eine politische Selbstbeschränkung würde nur die Forschung und den Fortschritt bei dieser Technologie zum Erliegen bringen. Wir brauchen eine sichere, klimaschonende und zuverlässige

Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Dazu gehört, nach aktuellem Wissensstand und unter Abwägung aller Risiken, vorläufig auch die Kernenergie. Egal wie man sich zur Kerntechnologie stellt: Wer eine Schlüsseltechnologie aus rein politischen Gründen beerdigt, bevor er abgeklärt hat, ob er auf diese verzichten kann, handelt – auch in einem Wahljahr – unverantwortlich.

Ein zweites Beispiel ist die **Klimapolitik**. Unsere Unternehmen haben seit 1990 ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz freiwillig um über 12% verringert. Insgesamt hat die schweizerische Industrie in den letzten zwanzig Jahren den Löwenanteil der Reduktionsleistung erbracht, welche der Schweiz die Einhaltung des Kyoto-Protokolls fast ermöglicht. Diese erfolgreiche schweizerische Klimapolitik soll jetzt ohne Not über den Haufen gekehrt werden. Dabei soll insbesondere auch die Kompensation von Emissionen im Ausland nicht mehr möglich sein. Als Konsequenz dieser Regelung würde die schweizerische Produktion ins Ausland vertrieben, und dies, wohlgemerkt, ohne die geringste Emissionsminderung beim weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Solche Politik mahnt mich an eine Ortschaft namens Seldwyla.

Ein drittes Beispiel ist die **Geld- und Währungspolitik**. Nicht wenige Politiker wollen in der heutigen Zeit des starken Frankens die Nationalbank an die kurze Leine nehmen und direkt auf die Währungspolitik einwirken. Dies wäre fatal. Die Unabhängigkeit der Nationalbank ist ein hohes Gut, das nicht voreilig aufgegeben werden darf. Eine auf den Wechselkurs ausgerichtete Geldpolitik würde zu hoher Inflation führen und unsere Wettbewerbsfähigkeit noch stärker untergraben als der gegenwärtige geldpolitische Kurs. Politische Verantwortung für unser Land zu übernehmen heisst auch hier: dem politischen Aktivismus widerstehen und langfristig, vernetzt und strategisch denken und handeln. Eine solche Systemänderung würde die Überzeugung voraussetzen, dass die Politik besser geeignet wäre, geld- und währungspolitische Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Für eine solche These fehlen, bei allem Respekt für unsere Politikerinnen und Politiker, fast sämtliche Anhaltspunkte.

Dies bringt mich zum vierten Beispiel: der **Reform des Aktienrechts**. Das lange Hin und Her bei möglichen Gegenvorschlägen zur Minder-Initiative fördert, zumindest in meinen Augen, nicht gerade das Vertrauen in die Weitsicht der Politik. Und

auch die verschiedenen vorgebrachten Vorschläge, wie die zwingende Abstimmung der Generalversammlung über die Gehälter von Geschäftsleitungsmitgliedern, das Verbot von Vorauszahlungen oder die Bonus-Steuer zeugen eher von politischem Opportunismus als von profunder Kenntnis der wirtschaftlichen Realitäten und von Weitblick. Ein starres aktienrechtliches Korsett würde die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes jedenfalls erheblich beeinträchtigen.

Ich habe Ihnen vier Beispiele gegeben, was die Politik in Zeiten eines hohen Frankenkurses gerade nicht tun sollte. Lassen Sie mich Ihnen jetzt ein paar Hinweise geben, was in meinen Augen getan werden muss, um die Industrie zu unterstützen.

Der **bilaterale Weg mit der EU** ist ein Erfolgsmodell und muss fortgesetzt werden. Insbesondere hat die Personenfreizügigkeit wesentlich zum schweizerischen Wachstum in den letzten Jahren beigetragen; gerade auch unsere wissensbasierte Industrie ist auf die zahlreichen hochqualifizierten Fachleute aus der EU angewiesen. Ich bin überzeugt, dass der Bundesrat mit seinem koordinierten und gesamtheitlichen Ansatz für die anstehenden Verhandlungen grundsätzlich auf dem richtigen Weg ist. Dass wir für diese Verhandlungen auch einen Preis zu bezahlen haben, erstaunt in dieser Versammlung von Geschäftsleuten gewiss niemanden.

Unsere wichtigsten Wachstumsmärkte liegen bekanntermassen in Asien, Brasilien und Russland. Der rasche Abschluss von **Freihandelsabkommen** mit diesen Ländern, und dabei wohl vorrangig mit China, kann unserer Industrie den Zugang zu diesen Märkten massgeblich erleichtern. Dazu brauchen wir allerdings nicht bloss rasch irgendwelche Abkommen, sondern qualitativ gute Verträge, die den Freihandel umfassend garantieren und mit substantiellen Bestimmungen zum Schutz des Geistigen Eigentums versehen sind. Wir sind froh, dass der Bundesrat diese Chance erkannt hat und mit den meisten Ländern bereits Verhandlungen eröffnet hat.

Bei der hiesigen Ratifikation solcher Freihandelsabkommen dürfte aber in Zukunft mit grösserem Widerstand derjenigen Kreise zu rechnen sein, die mittels solcher

Abkommen nicht-wirtschaftliche Zielsetzungen verfolgen wollen, so zum Beispiel Menschenrechte, Arbeitsschutz oder Nachhaltigkeitsstrategien. Diese Bereiche sind allesamt wichtig; sie gehören aber nicht in den Kontext von Freihandelsabkommen, sondern in die für sie bestimmten politischen Gefässe.

Meine Damen und Herren, **Verantwortung übernehmen** heisst: die Zukunft unserer Wirtschaft, unserer Arbeitsplätze und des Wohlstandes in der Schweiz sichern. Gerade auch wir als Unternehmensvertreter sind gefordert, sei es als Vorbild für unsere Mitarbeitenden, als Vorbild für unsere Kinder oder als Vorbild für die politische Entscheidungsfindung in unserem Land.

Dies gilt auch für unseren Wirtschaftsverband. Wir müssen auf die geschilderten, zum Teil bedenklichen Entwicklungen in unserem Land entschlossen einwirken. Mit hochstehender Verbandsarbeit und einem modernen, zukunftsweisenden Auftritt wollen wir unterstreichen, dass wir als führender Wirtschaftsverband eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir wollen die Verantwortung leben, die wir auch von anderen, allen voran der Politik, einfordern. Wir werden auch weiterhin nicht zurückschrecken, unsere Meinung auch dann zu sagen, wenn sie nicht dem politischen Mainstream entspricht.

Und schliesslich wollen wir künftig auch verstärkt das betonen, was uns als Industrie stark macht: Innovation durch Wissenschaft. Wertschöpfung durch weltweit führende Produktion, Forschung und Entwicklung in der Schweiz mit hervorragend ausgebildeten Arbeitskräften. Deshalb schlägt Ihnen der Vorstand einstimmig den neuen Verbandsnamen „scienceindustries“ vor. Ich werde im geschäftlichen Teil der Sitzung auf diese Namensänderung näher eintreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wissen aus eigener Erfahrung, dass der Erfolg nie zufällig ist, sondern das Resultat einer nachhaltigen, intensiven und verantwortungsvollen Arbeit. In der Politik ist es nicht anders. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg, auch wenn er gelegentlich beschwerlich ist, der Erfolg wird es uns lohnen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.